

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 M., im Monat, bei Zustellung durch die Post 2 M. 30 Pf., bei Postbestellung 2 M. 50 Pf. Die Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend werden zu jeder Zeit bezogen und geschickt.



Wissenspreis: Die 8. Spezialpreis-Kategorie 20 M., die 4. Spezialpreis-Kategorie 40 Reichsmark, die 1. Spezialpreis-Kategorie im letzten Teil 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 176. — 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2840. Sonnabend, den 30. Juli 1927

Reiche Leute und schlechte Musikanten

Musikier der Dames-Tribüne. — Vom Turnlehrer zum Millionär. — England in Rüten. — Gefinnungsumperel.

Herr Morgan, der ungekrönte König von Amerika, hat sich wieder einmal nach Europa eingeschifft. Er reist, wie es sich bei einem solchen Manne von selbst versteht, in Gesellschaft, ohne der Welt jedoch auch nur andeutungsweise zu verraten, welche Pläne es sind, die er diesmal in Paris oder London zu betreiben gedenkt.

Nach Berlin wird er ja wohl seine Schritte nicht lenken, sonst könnte man nur zu leicht auf den Verdacht kommen, er halte jetzt den Zeitpunkt für erreicht, sich einmal unsere Deutsche Reichspost etwas näher anzusehen, die, wie man nach gewissen geheimnisvollen, ansehnlichen aus der Umgebung des Reparationsagenten stammenden Nachrichten annehmen muß, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Bank- und Industriemagnaten in nachgerade bedrückender Weise auf sich gelenkt hat. Die Herren Musikier unserer Dames-Tribüne scheinen an den Millionenleistungen der Deutschen Reichsbahn noch nicht genug zu haben; sie möchten ihre Hand in ähnlicher Weise auch auf unsere Postverwaltung legen, um so, auf geradem oder auf Umwegen, ein einträgliches Abzweiggebiet für ihre elektrische Klein- und Feinindustrie zu gewinnen.

Dabei muß man sagen, daß es den Amerikanern nachgerade wirklich gut genug geht. Ergibt sich doch aus der soeben veröffentlichten neuen Zusammenfassung der Steuereinnahmen des letzten Etatsjahres die einleuchtendste Tatsache, daß 207 amerikanische Steuerzahler ein Jahreseinkommen von über eine Million Dollar besitzen, eine Rekordzahl, die nicht einmal während der Blütezeit der Kriegsgewinne im Jahre 1916 erreicht worden ist. Und sieben von diesen 207 Auserwählten können sich sogar eines Einkommens von über fünf Millionen Dollar rühmen; darunter die beiden Brüder Rockefeller und der Schachmeister Mellon in eigener Person, der zu den größten Bankherren der Neuen Welt gehört. Neben ihnen aber auch ein ganz neuer Mann namens Bengt, der bis vor kurzem noch als hiesiger Turnlehrer sein Brot verdiente, durch glückliche Spekulationen aber in den nun erschöpfenen Eisfeldern von Oklahoma über Nacht mit an der Spitze der amerikanischen Dollarkönige aufgerückt ist. Steht es aber so mit der Vermehrung des amerikanischen Reichtums, so sollte man wohl billigerweise von den Wirtschaftsführern drüben verlangen dürfen, daß sie ihre begehrliche Hand nicht noch nach Vermögensquellen ausstrecken, die wirklich nicht gerade zu ihrer Bereicherung geschaffen worden sind.

Besentlich anders sind die Zahlen beschaffen, die der englische Schatzkanzler über die Wirtschaftslage des Königreiches jüngst im Unterhaus bekanntgegeben hat. Danach zu urteilen, besteht auch für Großbritannien die Notwendigkeit der Einfuhrminderung und der Ausfuhrsteigerung — genau so wie für Deutschland, das bekanntlich schon in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres einen Einfuhrüberschuß von zwei Milliarden erlebt hat. In England sieht man kein anderes Mittel zur Abhilfe als die weitere Einfuhr von Schutzgölen, z. B. für die Textilindustrie, und die Gewährung von Staatshilfen für eine umfassende Reorganisation der Eisen- und Stahlindustrie, nachdem bekanntlich der englische Bergbau schon mit Hunderten von Millionen Staatsgeldern gespeist worden ist, um aus der Kohlenkrise der Nachkriegsjahre langsam wieder zu normalen Arbeitsbedingungen zurückfinden zu können. Jetzt heißt es, die englische Handelsbilanz sei nicht nur ungünstig, sondern schlechter als je zuvor, und wenn die gegenwärtige Entwicklung anhalte, werde England seine großen Auslandsgeschäfte, die eine der stärksten Einnahmequellen für das britische Volk gewesen seien, nicht länger fortsetzen können. Selbst ein so optimistisch eingestellter Fachmann wie Lloyd George stellt fest, daß der Überschub des englischen Handels dahin sei — ein Geständnis, das gewiß nirgends mit größerer Genehmigung vernommen wurde als in Moskau, wo man förmlich danach lechzt, diese Hochburg des internationalen Kapitalismus zerrüttern zu können. Wenn England wirklich beim Scheitern der Genfer Friedenskonferenz es zu einem Betrüben mit Amerika kommen lassen sollte, so besteht schon jetzt kein Zweifel darüber, wer in diesem Kampf den kürzeren ziehen wird. Während England in tagelangen Luftmanövern festzustellen sucht, ob seine Flugzeugtruppe zur Abwehr eines feindlichen Generalangriffs ausreicht, werden in Amerika schon Pläne für die Aufnahme eines regelmäßigen Passagierluftverkehrs mit Europa geschmiedet. Mehr und mehr befestigt sich der Eindruck, daß England den Höhepunkt seiner gebietenden Nachstellung überschritten hat; kein Wunder, wenn die Russen entschlossen bleiben, aus dieser Tatsache in ihrer Weise die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

Da sind unsere lieben Nachbarn, die Franzosen, doch von anderem Schrot und Korn. Sie hielten heute wie ehedem durch das berühmte „Loch der Vogesen“ — das es seit dem Besitzwechsel in Eisab-Lochbringen natür-

Neuer Notenkrieg mit Frankreich.

Die Wahrheit über Orchiès.

Französisches Eingeständnis der Greuelthaten.

Zwischen Deutschland und Frankreich ist ein neuer Notenkrieg entbrannt, der zwar nicht offiziell von Regierung zu Regierung, sondern mehr von der Öffentlichkeit der beiden Länder geführt wird, die sich hierfür allerdings von offiziellen Quellen durch geeignetes Material unterstützen läßt. Der Kampf geht um die Wahrheit über die Vorgänge, die sich im September 1914 in dem französischen Ort Orchiès abgespielt haben. Der französische Ministerpräsident Poincaré hat bekanntlich in seiner letzten Sonntagsrede wieder heftige Angriffe gegen die deutsche Kriegführung gerichtet und als Beispiel hierfür angeführt, daß die Orchiès-Thaten von den deutschen Soldaten dem Erdboden gleichgemacht worden ist. Von deutscher offizieller Seite ist darauf hingewiesen worden, daß die Zerstörung von Orchiès als Strafe dafür ausgeführt wurde, daß deutsche Soldaten in diesem Ort in grauenvoller Weise ums Leben gebracht worden sind.

Dieser deutschen Behauptung tritt jetzt wieder die offizielle französische Propaganda entgegen, die zwei Berichte über die Vorgänge in Orchiès veröffentlicht. Der eine Bericht stammt vom Bürgermeister dieses Ortes, der zugibt, daß von französischen Soldaten auf eine deutsche Rot-Kreuz-Autokolonne geschossen worden sei. Er stellt aber gleichzeitig die kaum glaubwürdige Behauptung auf, daß von diesen Autos aus auf französische Posten geschossen worden sei.

Wichtiger für die Berechtigung der deutschen Strafexpedition nach Orchiès sind die Ausführungen eines gewissen Trochu, die ebenfalls von Savas veröffentlicht werden, der unumwunden zugibt, daß Strolche der schlimmsten Sorte, von denen nach seiner Meinung keiner aus Orchiès war, die Leichen der deutschen Soldaten ausgeplündert und verbrannt haben.

Die Darstellung dieses Zeugen bestärkt in Versiner diplomatischen Kreisen den Eindruck, daß man auch in Frankreich eingesehen beginnt, daß seitens der Franzosen Verbrechen begangen worden sind, die das Vorgehen der deutschen Truppen rechtfertigen. Die tierische Verhüllung deutscher Verbündeter wird als Tatsache zugegeben. Und wenn man „Strolche schlimmster Sorte“ für diese Greuelthaten verantwortlich macht, so ist das für die Zusammenhänge vollkommen belanglos. Poincaré aber hat sich mit seinem neuen Angriff gegen Deutschland ins eigene Fleisch geschnitten.

Man jedoch nicht gelangen, da der Führer der amerikanischen Delegation Einwände geltend machte, sich aber bereit erklärte, die englischen Vorschläge dem Präsidenten Coolidge zur Kenntnis zu bringen, so daß die amerikanische Delegation in der auf den 1. August anberaumten Vollversammlung in der Lage sein würde, die endgültige Stellungnahme ihrer Regierung darzulegen.

Die Vermittler in Genf behaupten nun, daß die Konferenz nach der Vollversammlung „in Schönheit zerfallen“ werde, da sie zum Scheitern verurteilt sei. Die Amerikaner erklären, daß die Annahme der englischen Vorschläge der britischen Kriegsstärke eine Übermacht zur See vertraglich garantieren würde. Sie machen vornehmlich Bedenken wegen der Zuteilung von nur 12 Kreuzern von 12.000 Tonnen geltend, da Amerika die Bedürfnisse einer größeren Zahl dieser Kriegsschiffe erfordert.

Nun wird aber von anderer Seite angedeutet, daß Englands „letzte Wort“ noch nicht sein allerletztes sei und daß die britische Delegation, um die Konferenz vor einem Mißerfolg zu retten, in zwölfter Stunde vielleicht noch einen neuen Vorschlag unterbreiten werde. Dieser Vorschlag werde eine vorläufige Regelung der britischen Kreuzerfrage zum Gegenstand haben. Die nächsten Tage werden hierüber Klarheit schaffen.

Englands Außenpolitik.

Rheinfeld, Rußland, Reich der Mitte.

Das Britische Unterhaus hat sich bis zum 8. November vertagt. Vor der Vertagung aber gab es noch eine große außenpolitische Debatte, in der Chamberlain und sein Staatssekretär Loder Lampton das Wort nahmen, um auf eine Rede des Arbeiterparteilers Trabekhan, in der verschiedene künftige Fragen angeschnitten worden waren, zu antworten. Obwohl Loder Lampton erst an zweiter Stelle sprach, sei seine Antwort vorweggenommen, denn es handelte sich dabei um unsere eigene Sache.

Der Staatssekretär erklärte, daß zwar die Schleifung der Befestigungen an Deutschlands Südgrenze ordnungsmäßig erfolgt sei, andere die Abrüstung Deutschlands betreffende Forderungen der Alliierten aber noch nicht völlig erledigt seien. Bevor dies nicht geschehen sei, könne nicht gesagt werden, daß die Abrüstung vollständig sei. Was die Befestigung des Rheinlandes angehe, so sei sie eine Garantie für die Ausführung des Versailler Vertrages, und die Nämung dieses Gebietes sei abhängig gemacht von Deutschlands Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen im allgemeinen und nicht nur derer, welche sich auf die Abrüstung bezögen.

Vor dieser Erklärung seines Staatssekretärs hatte Chamberlain selbst sich über Rußland und China geäußert. Er verwahrte sich gegen die Unterstellung, daß England gegen die Sowjetregierung Mähe schmeide, und ließ durchblicken, daß eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion durchaus nicht ausgeschlossen wäre, falls die Sowjets sich den üblichen diplomatischen Bräuchen anpassen wollten. In Bezug auf China betonte er, daß die britische Regierung bereit sei, über neue Verträge zu verhandeln, sobald man sich einer chinesischen Regierung gegenüberfände, die ihren Verpflichtungen nachzukommen in der Lage wäre. Was übrigens die die Rheinlanddrängung betreffende Erklärung Lamptons betrifft, so wird

von deutscher zuständiger Stelle erwidert, daß über Abrüstungsfragen zwischen Deutschland und den Alliierten keine Streitpunkte mehr bestehen, da die Abwicklung gewisser Restpunkte terminmäßig genau festgesetzt sei und auch terminmäßig verlaufe, so daß die Rheinlanddrängung mit diesen Dingen absolut nicht in Zusammenhang gebracht werden könne.

Rundgebungen zum Schulgesetz.

Freunde und Gegner.

Der Reichsverband evangelischer Eltern- und Volksbünde, der Mitglieder der verschiedensten politischen Parteien in sich schließt, hat zu dem Entwurf eines Reichsschulgesetzes Stellung genommen und einstimmig eine Rundgebung beschlossen, in der er die endlich erfolgte Vorlage des Entwurfes begrüßt.

„Der Entwurf“, so heißt es in der Rundgebung, „gewährleistet die organische Weiterentwicklung unseres Schulwesens auf Grund der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes unter unbedingtem Festhalten an der staatlichen Schulhoheit. Eine reichsgesetzliche Regelung des deutschen Schulwesens ist bei unseren kulturellen Verhältnissen heute nur auf dieser Grundlage erreichbar.“

Wanz im Gegensatz zu dieser Rundgebung, in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Unsicherheit im deutschen Schulwesen ein Ende bereitet werde, hat der Hauptauschuß des Deutschen Lehrervereins scharfsten Einspruch gegen den Entwurf erhoben. Die

Abbruch der Genfer Marinekonferenz?

Englands vorletztes und allerletztes Wort.

Die Delegierten der Genfer Marinekonferenz haben nach dem großen Pause die Erörterungen wieder aufgenommen mit dem Ergebnis, daß die Krise, die bisher nur scheinbar war, jetzt akut geworden ist. Der britische Marineminister Bridgeman gab den anderen Delegationen Kenntnis von den letzten Vorschlägen der britischen Regierung, die in ihren Hauptpunkten den auf Grund der britisch-japanischen Verständigung formulierten Entwürfen entsprechen. An einer Einigung konnte